
PD Dr. habil.,
Dekan der Historischen Fakultät,
Staatliche Universität Gomelj Namens Franzysk Skorina

Mikalai Miazga

RAPALLO-POLITIK IN DEN BEDINGUNGEN DER VORBEREITUNG DES GARANTIEPAKTES

ПОЛИТИКА РАПАЛЛО В УСЛОВИЯХ ПОДГОТОВКИ ГАРАНТИЙНОГО ПАКТА

Seit dem Beginn des Jahres 1925 wurde die Entwicklung internationaler Beziehungen in Europa in vielem mit der Vorbereitung des Rhein Garantievertrags bestimmt. Deutschland wandte am 20. Januar 1925 an England, und am 9. Februar an Frankreich mit dem Vorschlag den Garantievertrag zu schließen. Er mußte war die Unverletzlichkeit die deutsch-französischen und deutsch-belgischen Grenzen gewährleisten. Die sowjetische Führung glaubte, daß der Garantievertrag einen Versuch sowjetfeindlicher Englands darstellt, eine sowjetfeindliche Einheitsfront zu schaffen. Dieser Blickpunkt war in Europa ausgebreitet. Der Außenminister Polens A. Skshinski bemerkte Ende Januar in diskreter Berichtigung von der Weltlage Polens, dass das Ziel der Außenpolitik Englands die Schaffung die mächtigen sowjetfeindlichee Koalition ist. Ohne Deutschland ist solche Koalition impossible [1, b. 38]. Die sowjetische Regierung hatte Befürchtung, dass die Unterzeichnung des Garantiepaktes zum Umsturz des Rapallosystems in den sowjet-deutschen Beziehungen führt. Zu jener Zeit hatten sie genug Probleme. Moskau reagierte negativ auf die Befreundung Deutschlands mit Westen, die im Jahre 1924 anfang. Es offenbarte sich deutlich in der Annahme des Plans Daves und dem äußerten Wunsch Deutschlands Liga der Nationen zu betreten. Die deutsche Regierung ihrerseits uzes regelmäßig auf das Eingreifen der UdSSR in die inneren Angelegenheiten Deutschlands hin. Chef der Ostabteilung des deutsche Ministeriums für Auswärtiger Angelegenheiten G. Dirksen schrieb in seinen Memoiren, dass „die deutsche Regierung einerseits die politische Freundschaft und den wirtschaftlichen Austausch mit Sowjetrußland befördert. Gleichzeitig „gab es einen Kampf auf Leben und Tod gegen Unruhen und Wirren“, die Moskau nach Deutschland zu bringen versuchte [2, s. 74–75]. Im Herbst 1924 wurden die Proteste gegen die Einmischung der UdSSR in die inneren Angelegenheiten Deutschlands vom Chef der Ostabteilung A. Maltzan am 29. Oktober und vom Außenminister G. Stresemann am 7. November und am 30. November an die Sowjetregierung gerichtet. Diese Frage wurde am 18. Dezember auf einer Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der RKP (b) erörtert. Im Projekt der Antwort an der deutschen Regierung bestritt wurde

irgendeines Eingreifen der sowjetischen Regierung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands beschriften. Es wurde betont, dass die Sowjetregierung für die Tätigkeit der Komintern nicht antwortet [3, s. 285].

Ungeachtet in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland waren beide Staaten interessiert, die Politik von Rapallo aufrechtzuerhalten. Der Versailler Vertrag bestand weiter und blieb die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Berlin. Ende 1924 beginnen die Sowjetunion und Deutschland Verhandlungen in abwechslungsreichen wirtschaftlichen und politischen Fragen. Am 11. November empfing der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR G. Chicherin den deutschen Botschafter U. Brokdorf-Rantzau in Moskau. Der sowjetische Minister nannte das Gespräch freundlich und konstruktiv. Es wurde eine Vereinbarung über den Beginn der Handelsverhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland erreicht. Sie begannen am 15. November und am 3. Dezember die sowjetische Presse schrieb, dass die Verhandlungen erfolgreich ablaufen [4, s. 541, 565].

Mitte Dezember 1924 schlug G. Stresemann vor, das polnische Problem zum Hauptthema in den künftigen deutsch-sowjetischen politischen Verhandlungen zu machen. Er brachte eine Idee der Rückkehr Polens an seine ethnischen Grenzen vor. Der deutsche Botschafter in Moskau U. Brokdorf-Rantzau traf mit G. Chicherin zusammen und informierte ihn über den deutschen Plan zur Lösung des polnischen Problems. Der sowjetische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten lehnte den deutschen Vorschlag, Polen an seine ethnischen Grenzen zurückzuschieben, nicht ab. Aber er meldete, dass auch die anderen internationalen Fragen in den Verhandlungen diskutiert werden sollen [5, s. 132–133]. Am 24. Dezember erörterte das Politbüro die Frage über die Verhandlungen mit Deutschland. Es billigte die Position von G. Chicherin. Er schloss eine Revision der polnischen Grenze gemeinsam mit Deutschland nicht aus, wenn es in anderen Fragen der sowjetisch-deutschen Beziehungen zur einer Einigung kommt. Die UdSSR regte am meisten ohne Frage des Beitritts Deutschlands zur Liga der Nationen [3, s. 57]. An denselben Tagen bereitete sich die UdSSR zu der politischen Verhandlungen auch mit Polen vor. In der Entscheidung des Politbüros vom 18. Dezember hieß es, dass man in den Verhandlungen, die Möglichkeit der Korrektur der Grenzen zu Polen nicht verzichten muß [6, s. 10].

Die Entscheidungen des Politbüros vom 24. Dezember waren die Grundlage der sowjetischen Vorschläge für Deutschland zum Abschluss eines politischen Vertrags. Moskau strebte danach eine Klausel in die künftige Vereinbarung einzubeziehen, nach welcher sich die UdSSR und Deutschland verpflichten, ihre Maßnahmen in der Frage zum Beitritt zur Liga der Nationen zu koordinieren [7, s. 389]. Die Sowjetregierung betonte die Bedrohung der Politik von Rapallo, die durch den Eintritt Deutschlands in diese Organisation entsteht. Moskau glaubte, dass sich Deutschland dem Block der Länder anschließen würde, die das Versaillensystem geschaffen hatten und es schnitzten. Immerhin Deutschland und die UdSSR konnten einen Kompromiss erreichen. Deutschland wollte mit der UdSSR die Formen zur Aufrechterhaltung normaler

Beziehungen im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Liga der Nationen besprechen. Die UdSSR hielt es für möglich, die Politik von Rapallo durch die Unterzeichnung einer neuen politischen Vereinbarung aufrechtzuerhalten. Der Weg zum Kompromiss erwies sich jedoch als schwierig. Das Problem des Beitritts Deutschlands zur Liga der Nationen war eng mit der Unterzeichnung des Garantiepakts verbunden. U. Brokdorf-Rantzau berichtete in Berlin, dass die Verhandlungen über den Garantiepakt negativ die sowjetisch-deutschen Beziehungen beeinflussen [8, s. 127].

Die Regierung der UdSSR versuchte zunächst, das Problem der Aufrechterhaltung der Politik von Rapallo von radikal zu lösen. Im Februar 1925 bat der Chef der sowjetischen Regierung A. Rykow dem Botschafter U. Brokdorf-Rantzau, den deutsch-sowjetischen Bund zu schließen. Der deutsche Botschafter nahm es kalt wahr. Er sagte, dass Deutschland nach der Revision des Versailler Vertrages, aber dem friedlichen Weg streben wird [9, s. 11]. Über das sowjetisch-deutsche Militärbündnis schrieb G. Schtresseman dem Botschafter nach Moskau am 19. März 1925: «... das geöffnete oder geheime deutsch-russische Militärbündnis ...kann auf in unsere politischen Berechnungen nicht eingehen» [10, s. 63]. Am 8. April teilte U. Brokdorf-Rantzau dem sowjetischen Außenminister die negative Antwort der deutschen Regierung auf den sowjetischen Vorschlag vom 25. Dezember 1924 über die Unterzeichnung des politischen Abkommens mit [11, s. 85].

In Moskau steigerte sich die Befürchtung, dass Deutschland den Garantiepakt unterschreibt und auf die Politik der Revision Versailles verzichtet, sich dem antisowjetischen Block anschließt. Die UdSSR beruhigte auch darüber, dass Deutschland die polnischen westlichen Grenzen im zukünftigen Vertrag garantiert. G.Schtreseman richtete die spezielle Denkschrift an die sowjetischen Regierung gerichtet. Er schrieb, dass es im zukünftigen Vertrag keine Garantien für die östlichen Grenzen Deutschlands gibt. Am 15. April fand das Gespräch des deutschen Außenministers mit dem sowjetischen Botschafter in Berlin N. Krestinski statt. G. Schtreseman erklärte, dass der zukünftige Vertrag gegen die UdSSR nicht gerichtet ist. Dann sagte er über das Problem der polnischen Grenze wieder und hat erklärt, dass Deutschland nach der Revision der Grenze zu Polen von allen friedlichen Mitteln streben wird. G. Schtreseman versicherte, dass die deutsche Regierung der Absicht niemals hatte, mit Polen gegen Russland zu vereinigen [12, s. 512, 513]. Kanzler Luther hatte das Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter am 22. April 1925 und versuchte ihn auch zu überzeugen, dass der Eintritt Deutschlands in die Liga der Nationen und die Unterzeichnung des Garantiepaktes kein Ende der Politik von Rapallo ist [13, s. 428].

Am 18. Mai hielt G. Schtreseman die Rede in Reichstag und sagte, dass Deutschland die freundschaftlichen Beziehungen mit Russland aufbewahren will. Deutschland strebte danach, das Gleichgewicht in den Beziehungen mit Osten und Westen zu behalten. Dieses Gleichgewicht sollte die deutsch-sowjetische Beziehungen nicht negativ beeinflussen. Wir meinen, dass G. Schtreseman

die Erhaltung des Rapallokurses und gleichzeitig die Unterzeichnung des Garantiepaktes wirklich für opportun hielt. Er schrieb an U. Brokdorf-Rantzau am 19. März nach dem Gespräch mit N. Krestinski, dass Moskau die Beschränkung der Möglichkeiten der Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Garantiepaktes nicht sieht [10, s. 58].

Die Erklärungen der deutschen Regierung zur Bereitschaft der Zusammenarbeit mit der UdSSR fortzusetzen, befriedigte die sowjetische Regierung nicht. In Mai 1925 sagte G. Tschitscherin im Sowjetkongress der UdSSR, dass der Eintritt Deutschlands in die Liga der Nationen das Ende Rapallo ist [9, s. 12]. Am 2. Juni richtete der sowjetische Außenminister die Denkschrift dem deutschen Kollegen gerichtet. Er berichte, dass der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ohne UdSSR seinen Anschluss zu «der uns feindseligen Gruppierung bedeutet. Es ist das Ende des Rapallo Systems» [7, s. 237]. Im Frühling und im Sommer 1925 beeinflussten auf die sowjetisch-deutschen Beziehungen die Gerichtsverfahren über «deutsche Tscheka» in Leipzig und den deutschen Studenten in Moskau negativ [11, s. 87].

Zugrunde der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit lag das allgemeine Streben danach «Polen zu seinen ethnischen Grenzen zurückzuschieben». Deshalb war es für die UdSSR wichtig, der Gespanntheit in den polnisch-deutsche Beziehungen aufenbewahren. Es war Garantie, dass Deutschland auf den Abbruch mit Russland nicht kommt. Deshalb fügte die sowjetische Diplomatie die großen Bemühungen hinzu, um die positiven Veränderungen in den Beziehungen zwischen Warschau und Berlin zu behindern. Vorbildlich in diesem Plan ist der Brief P. Wojkows nach Moskau vom 6. März. Er schlug vor, das Danzig-Problem zu nutzen, um die polnisch-deutschen Beziehungen weiter zu komplizieren [1, b. 94]. Auch folgte die sowjetische Diplomatie hinter dem Durchgang der deutsch-polnische Handelsverhandlungen sehr aufmerksam. P. Wojkow stellte im Brief nach Moskau vom 22. Mai mit der Befriedigung stellte fest, dass sich diese Verhandlungen «auf dem toten Punkt befinden» [1, b. 205].

Russland und Deutschland vereinigte auch der gemeinsame Kampf mit den Plänen der Errichtung des polnischen Einflusses in Baltikum. K. Radek bemerkte in einem der Artikel, dass sich Russland und Deutschland auf die Bildungsidee des Bündnisses der baltischen Staaten unter Leitung Polens sehr negativ beziehen. Er erklärte, dass die sowjetische Regierung mit der Erweiterung des polnischen Einflusses auf das ganze Baltikum niemals zustimmen wird. Dagegen wird auch Deutschland sein [14]. Die gemeinsamen Bemühungen der UdSSR und Deutschlands führten dazu, dass die polnische Regierung in der Baltischen Konferenz den Plan der Bildung des polnisch-baltischen Bündnisses in Januar 1925 nicht verwirklichen konnte [15].

Im Sommer 1925 begann die Krise in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland. G. Schtreseman schrieb in seinen Erinnerungen, dass die sowjet-deutsche Beziehungen seit dem Juni 1925 die Verfinsterung erlebten. Im Juni hatte der Besuch zu Berlin den stellvertretenden Minister der Auswärtigen

Angelegenheiten M. Litwinow den Mißerfolg. Er konnte keine Ablehnung Deutschlands von der Unterzeichnung des Garantiepakts und dem Beitritt zum Liga der Nationen bekommen [12, s. 519, 516]. Am 19. Juli wurde in der Zeitung «Izvestija» das Interview des Leiters der sowjetischen Delegation J. Ganezki in den Handelsverhandlungen mit Deutschland veröffentlicht. Er erklärte, dass die starke Gegenwirkung dem Vertrag mit der UdSSR in den lenkenden Kreisen Deutschlands existiert, die Verhandlungen ziehen die Deutschen hin [16]. Zu jenem Moment trat G. Schtreseman gegen die Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtsangriffpakts auf. Er meinte, dass es Deutschland stören, den Völkerbund zu betreten. Am 13. Juni unterhielt sich M. Litwinow mit dem deutschen Außenminister und sagte, dass die UdSSR auf die Annäherung mit Polen und Frankreich kommen kann [17, s. 95]. Wir meinen, seitens des sowjetischen Diplomaten war es die unwirkliche Drohung, weil die sowjetische Außenpolitik damals absolut andere Richtung hatte.

Im Spätsommer in Berlin war einige Verbesserung der polnisch-sowjetischen Beziehungen bemerkt. Als Beispiel wurde der Vertragsabschluss über die Lösung der Grenzkonflikte. G. Schtreseman danach gab der deutschen Delegation in den Handelsverhandlungen in Moskau einen Befehl, am Ort und Stelle zu sein, um mit den Russen einen beliebigen Vertrag zu schließen. Die deutsche Regierung hörte auf, die Verhandlungen mit der UdSSR zu verzögern [18, s. 137]. Die sowjetische Regierung verwendete auch den Besuch G. Tschitscherinas zu Warschau am 28.–29. September als Instrument für den Eindruck auf Deutschland. In der polnischen Hauptstadt bereitete dem sowjetische Minister einen herzlichen Empfang. Es war in Berlin bemerkt [19]. Der deutsche Diplomat G. Dirksens schreibt in seinen Erinnerungen, dass der Besuch G. Tschitscherins zu Warschau an die Erpressung in Bezug auf Deutschland erinnerte [2, c. 87].

Nach dem Besuch zu Warschau kam G. Tschitscherin ist am 30. September in Berlin an. G. Schtreseman erklärte im Gespräch mit dem sowjetischen Minister die Bereitschaft Deutschlands in der allernächsten Zeit, den Handelsvertrag mit der UdSSR zu unterschreiben. G. Tschitscherina wurde von dem Präsidenten P. Gindenburg am 7. Oktober empfangen. Er teilte mit, dass er Brokdorf-Rantzau bevollmächtigte, den Handelsvertrag mit der UdSSR zu unterschreiben [20]. Zu den Verhandlungen wurde auch das polnische Problem nicht umgangen. G. Tschitscherin sprach die Befürchtung wieder einmal aus, dass die Unterzeichnung des Garantiespakts zur Bestätigung der deutsch-polnische Grenze bringt. G. Schtreseman antwortete, dass Deutschland die Garantien für Polen freiwillig nie überläßt [12, s. 515]. In Zusammenhang mit der Vorbereitung des Garantiepaktes erschrak Moskau nicht nur die Annäherung Deutschlands mit dem Westen, sondern auch die Möglichkeit der Überlassung von ihm die Garantien der polnisch westlichen Grenze. Es würde das sowjetisch-deutsche Bündnis wesentlich schwächt, das die antipolnische Grundlage hatte. Um die Befürchtungen der UdSSR zu schwächen, schickte G. Schtreseman am 10. Oktober das Memorandum dem sowjetischen bevollmächtigten Vertreter in Berlin. Der deutsche Minister schrieb, daß es im Projekt des Garantiepaktes

nichts um die Garantie der östlichen Grenze Deutschlands geht [12, s. 512]. Die sowjetische Regierung fürchtete sich vergeblich, dass Deutschland die Garantien der Grenzen Polens nach dem Garantiepakt überlassen kann. G. Schtreseman nannte im Brief vom 9. September 1925 dem ehemaligen Kronprinzen als Schwerpunktaufgaben der Außenpolitik Deutschlands die Rückführung Danzig, des polnischen Korridors und Oberen Schlesiens [12, s. 553]. Die deutschen Pläne an der Revision der polnisch-deutschen Grenze änderte sich nicht, und es blieb die Grundlage für die Politik von Rapallo. G. Dirksen schrieb in seinen Erinnerungen, die allgemeine Abneigung Polen zugrunde der russisch-deutschen Freundschaft lag [2, s. 37].

Der Garantiepakt wurde schon in einigen Tagen nach den Besuchen G. Tschitscherins zu Warschau und Berlin in der internationalen Konferenz in Lokarno am 5–16. Oktober vereinbart. Deutschland konnte in Lokarno für sich nach die besonderen Bedingungen der Ausführung des Artikels 16 des Statuts der Liga der Nationen erreichen. Es bekam die Gelegenheit, an den Sanktionen gegen die UdSSR nicht teilzunehmen. Am 12. Oktober wurde der Moskauer Handelsvertrag zwischen der UdSSR und Deutschland während der Arbeit der Konferenz in Lokarno unterschrieben. G. Schtreseman bekam sviehe Möglichkeit Rapallo und Lokarno zu vereinigen. Der Berliner sowjetisch-deutsche Vertrag über die Neutralität demonstrierte die Möglichkeit der Vereinigung dieser zwei Linien in der deutsche Politik noch mehr. G. Schtreseman erachtete als nötig die Vereinigung Rapallo und Locarno zur Revision des Versailler von Vertrags. Die sowjetische Regierung erhielt zu dieser Zeit auch den Kurs auf die Zerstörung des Versaillesystems. Sie glaubte, dass der Garantiepakt das Lokarnossystem wenig änderte. I. Stalin sagte in Dezember 1925 auf dem 14. Parteitag WKP(b), dass Lokarno eine Fortsetzung Versailles ist und auf seine Erhaltung gezieltist [21, s. 13–14]. Damit blieb erhalten sich Grundlage für eine weitere deutsch-sowjetische Zusammenarbeit, in deren Grundlage streben danach lag, den Nachkriegsstatus-quo zu ändern.

Quellen und Literatur

1. Архив внешней политики Российской Федерации. – Ф. 04. Оп. 32. П. 217. Д. 2667.
2. Дирксен, Г. Москва, Токио, Лондон. Двадцать лет германской внешней политики / Г. Дирксен. – М. : «ОЛМА-ПРЕСС», 2001. – 446 с.
3. Политбюро ЦК РКП(б) – ВКП(б) и Коминтерн: 1919–1943 гг. Документы. – М. : «Российская политическая энциклопедия», 2004. – 960 с.
4. Документы внешней политики СССР : В 24 т. Т. 7. – М. : Госполитиздат, 1965. – 760 с.
5. Ахтамзян, А. А. Рапалльская политика. Советско-германские отношения. 1922–1932 / А. А. Ахтамзян. – М. : Международные отношения, 1974. – 303 с.
6. Материалы особой папки Политбюро ЦК РКП(б) – ВКП(б) по вопросу советско-польских отношений. 1923–1945. – М. : Институт славяноведения и балканистики, 1997. – 144 с.

7. Советско-германские отношения. 1922–1925 гг. Документы и материалы. В 2 ч. Ч. 1. – М.: Издательство политической литературы, 1977. – 408 с.
8. Трухнов, Г. М. Поучительные уроки истории. Три советско-германских договора. 1922–1926 / Г. М. Трухнов. – Мн.: Изд. БГУ, 1979. – 183 с.
9. Grosfeld, L. Polska a stosunki niemiecko-sowieckie. 1918–1939 / L. Grosfeld. – Warszawa: Niezależna Oficyna Wydawnicza, 1988. – 43 s.
10. Локарнская конференция. – М.: Политиздат, 1959. – 512 с.
11. Политбюро ЦК РКП(б) – ВКП(б) и Европа. Решения «особой папки». 1923–1939 гг. – М.: «Российская политическая энциклопедия», 2001. – 400 с.
12. Stresemann, G. Vermachtnis / G. Stresemann. In 3 b. B. 2. – Berlin: Ullstein Von Henri Bernhard, 1932. – 611 s.
13. История дипломатии / Под редакцией А. А. Громыко: В 5 т. Т. 3. – М.: Политиздат, 1965. – 831 с.
14. Известия. 8 февраля 1925 г. № 32. (2365).
15. Известия. 20 января 1925 г. № 16. (2349).
16. Известия. 1925. 19 июля. № 163 (2496).
17. Kaminski, M. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej. 1918–1939 / M. Kaminski. – Warszawa: Młodzieżowe Agencja Wydawnicza, 1987. – 120 s.
18. Никонова, С. В. Очерки европейской политики Германии в 1924–1929 годах / С. В. Никонова. – М.: Наука, 1977. – 373 с.
19. Мязга, М. М. Візит наркама замежных спраў СССР Г. В. Чычэрына ў Варшаву восенню 1925 г. / М. М. Мязга // Известия Гомельского государственного университета имени Ф. Скорины. – 2015. – № 1(88) – С. 37–41.
20. Известия. 1925. 9 октября. № 231. (2564).
21. Четырнадцатый съезд ВКП(б). Стенографический отчет. – М. – Л.: Госиздат, 1926. – 789 с.

Quellen und Literatur

1. Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation. – F. 04. Op. 32. P. 217. D. 2667 (Russisch).
2. Dirksen, G. Moskau, Tokio, London. Zwanzig Jahre deutsche Außenpolitik / G. Dirksen. – М.: «OLMA-PRESS», 2001. – 446 s. (Russisch).
3. Politbüro des ZK RKP(B) – WKP(B) und Komintern: 1919–1943 Dokumente. – М.: «Rossijskaja polititscheskaja enciklopedija», 2004. – 960 s. (Russisch).
4. Dokumente der Außenpolitik der UdSSR: in 24 b. B. 7. – М.: Gospolitizdat, 1965. – 760 s. (Russisch).
5. Achtamzjan, A. A. Rapallische Politik. Sowjetisch-Deutsche Beziehungen. 1922–1932 / A. A. Achtamzjan. – М.: Megdunarodnye odnoschenija, 1974. – 303 s. (Russisch).
6. Materialien des speziellen Ordners Politbüro ZK RKP(B) – WKP(B) zum Thema sowjetisch-polnische Beziehungen. 1923–1945. – М.: Institut slawjanowedenija i balkanistiki, 1997. – 144 s. (Russisch).
7. Sowjetisch-deutsche Beziehungen. 1922–1925. Dokumente und Materialien: in 2 t. T. 1. – М.: Izdatelstwo polititscheskoj literatury, 1977. – 408 s. (Russisch).
8. Truchnow, G. M. Lehrreiche Geschichtsunterricht. Drei deutsch-sowjetische Verträge. 1922–1926 / G. M. Truchnow. – Мн.: Изд. BSU, 1979. – 183 s. (Russisch).
9. Grosfeld, L. Polen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen. 1918–1939 / L. Grosfeld. – Warszawa: Niezależna Oficyna Wydawnicza, 1988. – 43 s. (Pol.).

10. Locarno-Konferenz. – M.: Politizdat, 1959. – 512 s. (Russisch).
 11. Politbüro des ZK RKP(B) – WKP(B) und Europa. Lösungen «speziellen Ordners». 1923–1939. – M.: «Rossijskaja polititscheskaja enciklopedija», 2001. – 400 s. (Russisch).
 12. Streseman, G. Vermachtnis / G. Streseman: in 3 b. B. 2. – Berlin: Ullstein Von Henri Bernhard, 1932. – 611 s.
 13. Geschichte der Diplomatie / Red. A. A. Gromyko: in 5 b. B. 3. – M.: Politizdat, 1965. – 831 s. (Russisch).
 14. Izwestija. 8. Februar 1925. № 32. (2365) (Russisch).
 15. Izwestija. 20. Januar 1925. № 16. (2349) (Russisch).
 16. Izwestija. 1925. 19. Juli. № 163 (2496) (Russisch).
 17. Kaminski, M. Die Außenpolitik Polens. 1918–1939 / M. Kaminski. – Warszawa. Młodzieżowe Agencja Wydawnicza, 1987. – 120 s. (Pol.).
 18. Nikonowa, S. W. Essays der europäischen Politik Deutschlands in den Jahren 1924–1929 / S. W. Nikonowa. – M.: Nauka, 1977. – 373 s. (Russisch).
 19. Miazga, M. M. Besuch des Süchtigen für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR G. W. Chicherina in Warschau im Herbst 1925 / M. M. Miazga // Izwestija Gomelskogo gosudarstvennogo uniwersiteta imeni F. Skoriny. – 2015. – № 1 (88) – S. 37–41 (Bialorussisch).
 20. Izwestija. 1925. 9. Oktober. № 231. (2564) (Russisch).
 21. Vierzehnten Parteitag WKP(B). Stenographischer Bericht. – M. – JL.: Gosizdat, 1926. – 789 s. (Russisch).
-

Dr., Prof., Belarusian State University
vmenkouski@gmail.com

Viachaslau Menkouski

STALINISM: PAST OR FUTURE FOR BELARUS AND RUSSIA?

СТАЛИНИЗМ: ПРОШЛОЕ ИЛИ БУДУЩЕЕ ДЛЯ БЕЛАРУСИ И РОССИИ?

***Abstract.** Some twenty-five years ago, we witnessed the breakup of the Soviet Union, with the now-former Soviet republics gaining (or regaining) state sovereignty. That marked the end of the history of a country that had been preconceived as a state of a totally new type, hoped to be turned into the “Worldwide Union of Soviet Socialist Republics”.*

Researchers still use the term ‘post-Soviet’ in relation to those independent states, as to many of them the various issues and achievements of the Soviet past still bear some relevance for this day and age. In Belarus and Russia, the attitude of both the authorities and the public toward the Soviet past and Soviet history has mostly been a complicated one. This array of issues definitely incorporates the history of Stalinism in all its dimensions and ramifications. Presently, the objective analysis of the historical experience of the Stalin period of the Soviet history is becoming, afresh, a matter of common civic significance.